



Rechtsausschuss

9. Sitzung (öffentlich)

7. März 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:15 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Verfahren über die Verfassungsbeschwerde der U. GmbH & Co.KG, vertreten durch den Geschäftsführer der Komplementär-GmbH H., – Bevollmächtigte: MASLATON Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Holbeinstraße 24, 04229 Leipzig – gegen die §§ 3, 4, 6, 11 und 12 des Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Windparks in Mecklenburg-Vorpommern (Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz – BüGembeteilG M-V) vom 18. Mai 2016 (GVOB 2 M-V S. 258)**

5

1 BvR 1187/17

Vertrauliche Vorlage

Der Ausschuss kommt überein, dem Landtag zu empfehlen,
keine Stellungnahme abzugeben.

2 Der Integrationsplan für NRW muss fortgeführt werden 6

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/818
Ausschussprotokoll 17/146

– Auswertung der Anhörung sowie abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Integrationsausschuss

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD – Drucksache 17/818 – mit den Stimmen der CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

3 Rechtssicherheit im Klimaschutz wiederherstellen und nordrhein-westfälische Unternehmen vor unberechtigten Klagen schützen 9

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1445

– Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/1445 – mit den Stimmen der CDU, FDP, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD ab.

4 Rechtssicherheit durch pflichtgemäße Altersbestimmung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA), die sich nicht zweifelsfrei ausweisen können und nicht eindeutig als minderjährig erkennbar sind. 11

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1657

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/1657 – mit den Stimmen der CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD ab.

- 5 Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des allgemeinen Datenschutzrechtes an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 (Nordrhein-Westfälisches Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU – NRWDSAnpUG-EU) 12**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/1981

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dass er sich nachrichtlich beteiligt.

- 6 Rechtsfreie Räume – wo sind die in Nordrhein-Westfalen? (s. Anlage 1) 13**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/355

- 7 Belegungssituation in den Justizvollzugsanstalten in NRW (s. Anlage 2) 19**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/596

- 8 Justizvollzugsmodernisierungsprogramm (s. Anlage 2) 24**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/597

- 9 Initiative des Ministers der Justiz zur Straffreiheit für sog. Schwarzfahrer – justizpolitischer Irrweg?! (s. Anlage 2) 25**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/598

- 10 Übt Minister Biesenbach Druck auf die Staatsanwaltschaften des Landes aus? (s. Anlage 2) 29**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/599

- 11 Kölner Entwurf für ein Verbandssanktionsgesetz (s. Anlage 2) 30**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/600
- 12 Reformvorschläge der OVG-Präsidentin vom 05./06.10.2017 – was hat das Ministerium unternommen, um diese umzusetzen? (s. Anlage 2) 31**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/601
- 13 Wie beurteilt das Ministerium der Justiz die Arbeit und Leistungsfähigkeit des BLB? (s. Anlage 2) 33**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/602
- 14 Masterplan für die Digitalisierung in der Justiz NRW (s. Anlage 3) 34**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/603
- 15 Ergebnis der Ermittlungen wegen eines Todesfalls in Köln am 25. Mai 2017 (s. Anlage 3) 37**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/604
- 16 Verschiedenes 38**

5 Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des allgemeinen Datenschutz-rechtes an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 (Nordrhein-Westfälisches Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU – NRWDSAnpUG-EU)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/1981

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil führt aus, der Gesetzentwurf sei am 1. März 2018 an den Hauptausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss und weitere Ausschüsse mitberatend überwiesen worden.

Der Hauptausschuss werde in seiner Sitzung am 15. März 2018 erstmalig über den Antrag beraten und habe bereits den mitberatenden Ausschüssen mitgeteilt, dass dort eine Anhörung am 19. April 2018 geplant sei und die dortige Schlussberatung am 3. Mai 2018 stattfinden werde. Die mitberatenden Ausschüssen seien bis zum 3. Mai 2018 aufgefordert, ihr Votum abzugeben. Die engen Beratungsfristen seien erforderlich, weil das Gesetz der Umsetzung von EU-Recht diene.

Heute sei die Beteiligungsform an der Anhörung festzulegen und gegebenenfalls über den Gesetzentwurf abzustimmen und ein Votum gegenüber dem federführenden Ausschuss abzugeben.

Angela Erwin (CDU) schlägt vor, dass sich der Ausschuss nachrichtlich beteilige.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dass er sich nachrichtlich beteiligt.

